

Armin Puller*

Corbynismus ohne Corbyn?

Die britische Labour Party nach der Wahlniederlage vom Dezember 2019

Zusammenfassung: Die Wahlniederlage der britischen Labour Party wirft die Fragen auf, ob sich nach den bisherigen Erfolgen des Corbynismus die politische Konjunktur wieder dreht. Der Corbynismus ist als (widersprüchlicher) Versuch zu sehen, die Krise von britischem Staat und Gesellschaft durch eine Strategie der Reorganisierung der britischen Klassenverhältnisse zu bearbeiten. Er ist weniger eine politische Position, die in der Wahl zurückgewiesen wurde, als vielmehr eine politische Bewegung, der es gelungen ist, Teile der britischen Linken zu einen, um die Labour Party zu gruppieren und zu einem relevanten politischen Anziehungspunkt zu machen. Dadurch ist die Linke zu einem relevanten politischen Faktor geworden, der auch nach der Wahlniederlage über politische Potentiale verfügt.


Schlagwörter: Corbynismus, Corbyn, Sozialdemokratie, Brexit

Corbynism without Corbyn?

The UK Labour Party after the electoral defeat of December 2019

Abstract: The electoral defeat of the UK Labour Party prompts questions on whether the political conjuncture has changed again after first successes of Corbynism. Corbynism is analysed as a (contradictory) attempt to address the crisis of British state and society via a strategy of reorganising British class relations. It is less a political position that was rejected in the election but rather a political movement that was capable of uniting parts of the British left, regrouping them around the Labour Party and establishing the left as a relevant political factor. Despite the demoralisation that the election result has produced and despite the left's weakness in the party's recent leadership election, it remains such a factor with political potential.

Keywords: Corbynism, Corbyn, social democracy, brexit

* Armin Puller  ist Lektor und promoviert am Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien.

Der Corbynismus bildet eine der großen Überraschungen der letzten Dekade: Unter Jeremy Corbyn erlebte die britische Labour Party einen Linksruck und wurde Anziehungspunkt einer neuen politischen Bewegung. Labour stieg zur mitgliederstärksten Partei Westeuropas auf und verschob den politischen Diskurs des Vereinigten Königreichs (VK) nachhaltig. Statt neoliberaler Austeritätspolitik dominierten plötzlich Forderungen der Stärkung sozialer Infrastruktur, nach Verstaatlichungen und Demokratisierung. Es wurden Debatten über Sozialismus geführt, die in konkrete Politikvorschläge mündeten. Medialer Gegenwind, innere Intrigen der Parteirechten und Widerstände aus der Londoner Finanzindustrie unterstrichen, dass Labour nun die Partei »für die Vielen, nicht die Wenigen« war. Bei der Wahl 2017 fuhr Labour den größten Stimmzugewinn seit dem Jahr 1945 ein und brachte die konservativen Tories um ihre Regierungsmehrheit. Corbynisierung wurde zu einem erfolgreichen Entwicklungsweg der Sozialdemokratie. Die Wahl-niederlage im Dezember 2019 hat diese Perspektive bitter enttäuscht und demoralisiert. Sie wirft die Fragen auf, ob sich die politische Konjunktur gedreht hat und wie es mit Labour weitergeht.

Brexit und Wahl-niederlage 2019

Nach dem schlechten Abschneiden bei der Wahl vom 12. Dezember 2019 mit 32,1 Prozent der Wahlstimmen (d.h. minus 7,9 Prozentpunkte und minus 60 Unterhaus-sitze) waren Erklärungen für die Niederlage von Labour schnell bei der Hand. Die Partei sei wahlweise

zu linksradikal, zu antieuropäisch oder zu antibritisch aufgetreten, außerdem unter Corbyn von einer Führungsschwäche geprägt. Ebenfalls ins Feld geführt wurde die Rolle der Medien, die eine Jubelkampagne für Boris Johnson oder zumindest eine Schmutzkampagne gegen Corbyn führten. Es wäre vermessend, diese Faktoren zu ignorieren. Die mediale Dämonisierung Corbyns hatte selbst für britische Verhältnisse sensationelle Ausmaße (Deacon u.a. 2019). Im innerparteilichen Umgang mit Antisemitismus von links gab es fraglos Fehler, wenngleich diese zur politischen Ausbeutung maßlos überzeichnet und einige Vorwürfe schlicht konstruiert wurden (Stern-Weiner 2019). Der meistdiskutierte Faktor bleibt Labours Positionierung zum Brexit.

Einem populären Mythos zufolge hätte Labour die Niederlage durch einen deutlichen Kurswechsel in Richtung des Verbleibs in der EU abwenden können. So populär diese Ansicht unter liberalen Intellektuellen und Medien sowie in der Corbyn-Kritik von Paul Mason bis Tony Blair auch ist, so wenig stichhaltige Grundlagen lassen sich für diese Position auffinden. Auswertungen der Wahl zeigen, dass Labour nicht bei *remainers* verloren hat, sondern bei *leavers*. Von den insgesamt 60 verlorenen Wahlkreisen haben 52 mehrheitlich für den Brexit gestimmt. Davon wanderten 50 Wahlkreise an die Tories (an die Labour insgesamt 54 Wahlkreise verlor). 47 dieser Wahlkreise befinden sich im englischen Norden, der bislang als *red wall* bekannt war. Labour konnte im Jahr 2019 72 Prozent ihrer Wählenden von 2017 halten, davon jedoch nur 52 Prozent *leavers* (gegenüber 79% *remainers*;

vgl. YouGov 2019). *Leavers* bei Labour vertreten daher die Meinung, die Partei hätte mit einer deutlichen *leave*-Position auftreten und somit das zentrale Thema der Tories außer Streit stellen sollen. Auch diese Position macht es sich zu einfach, hätte sie doch nicht nur *remainers* in der eigenen Partei vertrieben, sondern auch die mehrheitlich gegen den Brexit eingestellten Parteimitglieder demobilisiert.

Bei aller Unzufriedenheit mit Labours Brexit-Position stellte dieser tatsächlich die Option mit dem geringsten Schadenpotenzial dar. Die Kombination eines weichen Brexit (Mitgliedschaft in der Zollunion und Abwendung von Standortkonkurrenz mit der EU) mit einer Triangulierung des Themas durch Politisierung der sozialen Missstände des Landes war schon 2017 ein erfolgreicher Weg (Puller 2017). Damals polarisierten sich Tories und Labour entlang der extremen Austeritätspolitik, weswegen der Brexit als Thema an Bedeutung verlor. Der damalige Wahlkampf drehte sich um geplante Sozialkürzungen der Tories und um Labours Vision einer sozialen Modernisierung. Taktische Fehler und fehlende Perspektiven bei den Tories spielten Labour damals in die Hände. Unter Johnson erneuerten sich die Tories dagegen durch rechtspopulistische Monopolisierung der *leave*-Stimmen und gleichzeitige moderate Anpassung an den durch Labour erzeugten neuen politischen Konsens mittels Versprechen auf eine Refinanzierung des öffentlichen Gesundheitssystems und die Beendigung der Austeritätspolitik. Die Strategie der Tories machte es Labour schwer, dem Brexit eigene Themen entgegenzusetzen, was die interne Debatte weiter anfachte.

Labours Lösungsweg, einen alternativen Austrittsvertrag zu erarbeiten und dem Wahlvolk in einer Abstimmung über diesen oder den weiteren Verbleib in der EU vorzulegen, erschien zunehmend weniger vernünftig als widersprüchlich. Denn gerade in dieser zentralen Frage des Wahlkampfs konnte Labour die Einheit der Partei nicht herstellen. Das zeigte sich unter anderem darin, dass große Teile des Schattenkabinetts dem alternativen Deal von vornherein die Unterstützung untersagten – darunter Diane Abbott und John McDonnell.

Ein möglicher Ausweg für Labour lag in jedem Fall nicht im Bereich des parlamentarischen Spiels. Weder gab es jemals eine politische Basis für eine proeuropäische Allianz mit der Scottish National Party (SNP) und den Liberaldemokraten politische Grundlagen, noch hätte man sich kampfflos einem der Austrittsverträge von Theresa May oder Johnson unterordnen können, die auf ein radikalisiertes neoliberales Staatsprojekt abzielten. Auch die vom Zaun gebrochene Neuwahl wäre angesichts der parlamentarischen Mehrheitsverhältnisse nicht zu verhindern oder aufzuschieben gewesen: Neben den Tories sah sich die SNP vor einem sicheren Sieg entgegen und gaben sich die Liberaldemokraten der absurden Illusion hin, mit der Position der schlichten Absage des Brexits zur stärksten Partei aufzusteigen. Die Mehrheit für eine vorzeitige Wahl war damit auch ohne Labour gegeben. Eine Chance Labours bestand stets nur in einer Verschiebung des politischen Terrains vom Brexit auf andere, nämlich soziale Spaltungslinien.

Man muss nüchtern feststellen, dass der Wahlausgang nicht alleine

im Wahlkampf begründet ist, sondern einer Dynamik mit langem Vorlauf geschuldet ist. Die fortdauernde Krise von Labour in Schottland und die Konsolidierung des schottischen Linksnationalismus ebenso wie die konservative Offensive in England und Wales mittels rechtspopulistischer Erneuerung hängen mit langfristigen Tendenzen zusammen: Neuordnung der Klassenverhältnisse, Desorganisierung der arbeitenden Klassen, Klassenpolitiken der letzten Jahrzehnte, die diese Transformationen befördert haben und die lange bestehende »organische Krise von Staat und Gesellschaft« (Jessop 2018, vgl. Watkins 2020) im VK. Die neoliberalen Regierungs- und Staatsprojekte der vergangenen Jahrzehnte konnten die britischen Krisenprozesse des besonders vulnerablen finanzdominierten Akkumulationsregimes, des interventionsunfähigen Staatsapparats und der allgemeinen Legitimationskrise nicht lösen, sondern jeweils nur auf neue Weise reproduzieren. Das starke Gefälle zwischen London und dem Rest des Landes sowie die extreme soziale Ungleichheit sind ebenso Resultate davon wie die politische Repräsentationskrise (sichtbar durch die Instabilität des Parteiensystems) und die Unfähigkeit des zerspaltenen Machtblocks, für das VK eine Perspektive für die Zeit nach dem Brexit zu erarbeiten. Der Corbynismus kann als (widersprüchlicher) Versuch verstanden werden, diese Krisenprozesse durch eine neue und klassenpolitisch bewusste Strategie zu bearbeiten. Der Optimismus des Willens ist vorhanden, die Umstände – die man sich bekanntlich nicht aussuchen kann – sind dagegen denkbar ungünstig.

Bedeutung des Corbynismus

Wie der Brexit ist der Corbynismus ein wenig verstandenes Phänomen britischer Politik. Vielfach wird er schlicht als Populismus oder Personenkult gefasst. In der Politikwissenschaft wurde er auch als »innerparteilicher Populismus« (Watts/Bale 2019: 111f.) diskutiert, als Ideologie der Entgegensetzung einer Parteilite etablierter ParlamentarierInnen und eines Parteivolks von Mitgliedern und AktivistInnen. Letztlich sei er also eine Strategie zur Erringung politischer Macht in der Partei durch eine Gruppe von in die Jahre gekommenen Altlinken. Einem anderen Diskussionsstrang folgend ist der Corbynismus eine politische Position, die zwischen dem traditionellen Bezugnahmen auf die goldenen Zeiten des Fordismus und einem Neuaufguss des demokratischen Sozialismus schwankt. Dabei wird er entweder als zu radikal, da unwählbar, oder als zu wenig radikal und auf die aktuelle Konjunktur nicht ausreichend vorbereitet kritisiert. Die Kritik am fehlenden Radikalismus verweist darauf, dass er sich damit begnüge, einen neuen Klassenkompromiss zwischen Arbeit und Kapital zu errichten, den demokratischen Kapitalismus zu erneuern und dementsprechend eine bloß postneoliberale Strategie zu begründen (vgl. Bassett 2019: 782f.). So gesehen biete der Corbynismus nichts anderes als eine letztlich klassisch sozialdemokratische Politik, die weder neu noch postkapitalistisch ist und keine soliden Grundlagen für eine linke Perspektive anbieten könne (vgl. Worth 2019: 497). Mangelnde Radikalität zeige sich da-

bei, ungeachtet einer konkreten Analyse der Lage, an der Abwesenheit bestimmter, als radikal angenommener programmatischer Elemente.

Man kann die Politiken Labours für einen unternehmerischen Staat, sozial-ökologischen Umbau, expansive Lohnpolitik mit starken Gewerkschaften und Kollektivvertragssystemen, für den Aufbau sozialer Infrastruktur, öffentlichen Wohnbau und ein öffentliches Bildungssystem durchaus als Schaffung von Bedingungen für eine gelingende Kapitalakkumulation und die gesellschaftliche Reintegration der ArbeiterInnenklasse begreifen. Diese Sichtweise übergeht jedoch die Bedeutung des Corbynismus vollständig: Sie besteht in der strategischen Erkenntnis, dass diese Politiken nicht nur eine fundamentale Änderung des britischen Kapitalismus und der britischen Machtverhältnisse erfordern, sondern auch einer Reorganisation der Klassenverhältnisse durch politische Organisation bedürfen. Die Strategie, ein politisches Bündnis zu formieren, für dieses zu mobilisieren und politische Organisation zu betreiben, stellt eine beachtliche Abkehr von der historisch stark ausgeprägten parlamentarischen Ausrichtung der Labour Party dar (in der sich selbst Linke darauf beschränkten, auf dem Reißbrett wohlklingende Slogans für die politische Repräsentation zu entwerfen).

Dem Corbynismus ist es gelungen, nicht nur innerhalb der Partei verschiedene Flügel zusammenzuführen (traditionalistischen Zentrismus und gewerkschaftsnahe alte Rechte, alte und neue Linke), sondern auch über die Partei hinaus die Gewerkschaften und politische Kräfte einzubeziehen:

die Bewegung gegen die Austeritätspolitik, die Anti-Atomwaffen-Bewegung oder antirassistische, feministische und queere Bewegungen. Damit ist der Corbynismus weniger eine politische Position, schon gar keine stabile, als vielmehr eine Bewegung mit einer Dynamik, die weit über die Partei hinausreichen konnte. Corbyn selbst ist nicht ihr Strategie im Zentrum, sondern gemeinsamer Bezugspunkt der tragenden Bestandteile dieser Bewegung. Labour wurde Anziehungspunkt für AktivistInnen aus diesen politischen Netzwerken und Einstiegspunkt für eine neue politisierte Generation zumeist junger Menschen des sogenannten Prekariats beziehungsweise der neuen ArbeiterInnenklasse (Burton-Cartledge 2019: 67). Ihre Beteiligung insbesondere bei den beiden Pfeilern der Bewegung hat wesentlich zur Konstitution und Konsolidierung der neuen Ausrichtung von Labour beigetragen, insbesondere bei der als Parteifraktion geschaffenen Graswurzelbewegung Momentum und der linken und mitgliederstärksten Gewerkschaft Unite, die zeitweise die Hegemonie über den Gewerkschaftsblock erringen konnte. Zugleich hat sich dadurch, wie es auch in der Wahl 2017 zum Ausdruck gekommen ist, die Zusammensetzung der Basis von Labour geändert und die Schwächung des blairistischen Flügels verstärkt. Als politisches Bündnis hat der Corbynismus etwas Sensationelles geleistet, nämlich, wie es Andrew Murray (2019: 210) betont, eine funktionierende und nicht auf Fusion oder Unterordnung beruhende Synthese zwischen der Linken als politischer Bewegung und Labour als Partei hinzubekommen.

Dabei war der Corbynismus immer von Widersprüchen durchzogen, die sich in Strategie, Programmatik und auch in offenen Konflikten ausdrückten, wie etwa in (nicht immer produktiven) Machtkämpfen zwischen Unite und Momentum. Unter einer neuen Führungsgeneration sind die britischen Gewerkschaften in den letzten Jahren selbstbewusster aufgetreten, haben sich dem Kurs der Labour-Führungen nicht länger untergeordnet und mit der Unterstützung zuerst von Ed Miliband (2010-2015) und später Corbyns ihre traditionell eher rechtssozialdemokratische Ausrichtung verschoben. Der politischen Logik sozialer Bewegungen und dem von Momentum angestrebten Modell der Stärkung der Mitgliedschaft in Fragen der Politik, Entscheidungsfindung und Wahl der ParteikandidatInnen stehen sie jedoch skeptisch gegenüber und präferieren zumeist die klassische gewerkschaftliche Repräsentationslogik. Gerade über Fragen der Transformation des Parteiapparats und der Parteiöffnung haben Momentum und Gewerkschaften häufig Interessenskonflikte geführt: Diese betrafen etwa die Fragen, ob sich amtierende Abgeordnete zwingend Neuwahlen durch die Parteibasis stellen sollten oder ob die Besetzung der Position der Generalsekretärin analog zur Vorsitzwahl durch eine Direktwahl der Mitglieder entschieden werden sollte. Erfolge in der innerparteilichen Konsolidierung des Corbynismus beruhten zumeist auf Zweckbündnissen zwischen beiden Parteiteilen. Neben diesen Bastionen des Corbynismus bestand Labour zugleich weiterhin aus Parteiteilen, die den neuen Kurs der Partei eher aus pragmatischen Gründen und angesichts

der Krise und Erosion der alten Parteiprojekte mittrugen.

Vor dem Hintergrund der harten innerparteilichen Kämpfe mit der Parteirechten, die in der (mit großen Machtbefugnissen ausgestatteten) Parlamentsfraktion von Labour lange dominant war und immer noch sehr stark ist, war die Konsolidierung des Corbynismus ein hartes Stück Arbeit. Verankert war er in der stark angestiegenen Mitgliedschaft, nicht aber unter Abgeordneten und der Parteizentrale, die den neuen Kurs zuerst bis 2016 offen sabotierten und dann auf institutionellen Boykott umstiegen. Die Parteizentrale konnte erst nach der Wahl 2017 teilweise personell und organisatorisch umstrukturiert werden. Neue Unterstützende konnten unter diesen Bedingungen nur wenige ins Parlament einziehen. Nach der Wahl 2017 haben sich viele Initiativen zur Parteitransformation gebildet, die auf Stärkung der innerparteilichen Mitbestimmung, auf *community organising* und auf linke Politiken drängen. Der dabei geschaffene Raum für politische Debatte und kreative politische Praxis ist bemerkenswert. Zugleich waren die letzten drei Jahre auch von inneren Bruchlinien in der Partei über die Frage des Brexits geprägt, die bis zuletzt nur scheinbar geschlossen werden konnten, die Schlagkraft des corbynistischen Bündnisses belasteten und andere Dimensionen überdeckten.

Das Erbe des Corbynismus

Nach der Wahlniederlage und Corbyns geordnetem Abtritt einigten sich Unite und Momentum auf Rebecca Long-

Bailey als Kandidatin für die Wahl für den Vorsitz. Als Wirtschaftsschattenministerin und kluge Entwicklerin linker Regierungspolitiken galt sie als vielversprechende Bewerberin. Ihre Kampagne war jedoch geprägt von inhaltlicher Sprunghaftigkeit, Passivität und Visionslosigkeit. Nachdem sie mit der Ankündigung, Labour solle sich an einem nicht näher bestimmten »progressiven Patriotismus« orientieren, Forderungen nach Migrationskontrollen aus der Zeit Milibands heraufzubeschwören schien, ruderte sie zurück, konnte aber mit neuen Slogans, wie der Losung des »aufstiegsorientierten Sozialismus«, keine Begeisterung auslösen. Als größter Fehler erwies sich die mangelnde Fähigkeit, das corbynistische Bündnis zu erneuern. Der Fokus blieb auf die Wahlkampflogik und das politische Marketing beschränkt; Schritte zur Bindung und Vereinigung der Teile der Linken blieben aus. Zusehends löste sich die Einheit des Gewerkschaftsblocks auf und fielen relevante Teile des Corbynismus von Long-Bailey ab.

Mit 56 Prozent (Wahlbeteiligung: 62,6%) wurde Anfang April der bisherige Schattenminister für den Brexit, Keir Starmer, als Parteivorsitzender gewählt. Starmer ist ein unscheinbarer Politiker, der innerparteilich großes Ansehen genießt und sich keine Feinde gemacht hat. Auf der Parteikonferenz 2018 verhinderte er, dass sich Teile der Partei über den Brexit überwarfen und entwickelte die bereits angesprochene Kompromisslösung. Mit einer Kampagne der Einheit und dem Aufruf zur Beendigung der Flügelkämpfe sprach er vielen Mitgliedern aus dem Herzen. Der Verweis auf seine Loyalität gegenüber Corbyn und die Zusicherung,

die bisherigen Positionen nicht einfach über Bord zu werfen, verschafften ihm Unterstützung auch bei Parteilinken. Starmer ist sicherlich kein Sozialist, aber auch kein Vertreter der Parteirechten. Er ist pragmatischer Zentrist und dem Kurs der rein parlamentarischen Orientierung verbunden. Unter Starmer ist keine Rückkehr zur alten Ordnung des Blairismus zu erwarten, sondern mehr eine Anpassung an den Passivismus und die Fadesse, von der die Sozialdemokratie in Europa gegenwärtig geprägt ist. Als erste Maßnahme stellte er ein zentristisches Schattenkabinett zusammen, in dem auch einige harte BlairistInnen sowie einzelne Linke auf harmlosen Posten verweilen können. Der politische Kurs geht in die Richtung, die bisherigen Politiken der Partei in »Kompromissen mit dem Elektorat« abzuschwächen, sie besser zu verkaufen und als zu erreichendes Endziel mehrerer Regierungsphasen neu zu positionieren. Des Weiteren soll die Oppositionstätigkeit als »forensische Opposition« neu konturiert werden. In der Coronakrise bestand sie bislang daraus, die Regierung Johnsons zu loben, wo es möglich war, und Zurückhaltung zu üben, wo Kritik und Alternativen notwendig wären.

Auch wenn diese Aussichten für Labour nicht ermutigend sind und künftig nicht mit starker Einbindung von Mitgliedern, Momentum oder Gewerkschaften in die Entscheidungsfindung der Parteiführung zu rechnen ist, so ist Starmer auch nicht deren erklärter Feind. Gegen die zu erwartenden Anfeindungen der Murdoch-Presse (gegen die Starmer als ehemaliger Generalstaatsanwalt ermittelte) und der Parteirechten (denen Starmer als Linksabweichler gilt) wird er

zudem auf diese Teile der Partei angewiesen sein. Die Bedeutung von Momentum als Organisation wird davon abhängen, ob sie es versteht, die Verbindung zu sozialen Bewegungen aufrechtzuerhalten und durch Präsenz und Austausch zu stärken sowie die Lebensrealitäten außerhalb der Westminster-Blase in die Partei zu tragen. Beginnende Diskussionen um eine Erneuerung von Momentum weisen in diese Richtung und bemühen sich, Demoralisierung und Austritte zu verhindern. Die Kappung der Verbindung zur Parteiführung spielt Momentum auch frei von der Notwendigkeit, diese stets verteidigen zu müssen und sich bei Kampagnen für Demokratisierung und Öffnung der Partei, bei politischen Begehren oder bei Neuwahlforderungen gegenüber rechten ParlamentarierInnen zurückzuhalten. Unter der neuen Parteiführung sind auch die Beziehungen zu den Gewerkschaften wieder etwas lockerer. Um ihre Anliegen in der Partei repräsentieren zu können, werden Unite und andere Gewerkschaften auf interne Mobilisierung angewiesen sein und wohl auf weiteres Wachstum setzen. Durch den Wegfall des gemeinsamen politischen Projekts, die Labour Party zu führen, werden zwischen den Teilen der britischen Linken Konfliktlinien sichtbar werden. Die Erfahrung der letzten fünf Jahre wird vermutlich aber dazu beitragen, dass der Corbynismus als innerparteiliches Bündnis zeitweise wieder aufleben wird. Dabei könnte auch eine Organisierung linker Abgeordneter, zu denen dank der Initiativen von unten einige hinzugekommen sind, hilfreich sein. Ob der Corbynismus als politische Kraft über Labour hinaus Bestand haben und sich erneuern

kann, werden die politischen Kämpfe der kommenden Jahre zeigen. Es besteht kein Zweifel daran, dass die Linke im VK ein Faktor geworden ist, der sich auch nach der Niederlage Labours auf dem politischen Terrain durch Verschiebungen deutlich bemerkbar macht. Die Zuspitzung der Krisendynamiken durch Brexit und Coronakrise werden viele Gelegenheiten für Interventionen bieten.

Literatur

- Bassett, Lewis (2019): Corbynism. Social Democracy in a New Left Garb. In: *The Political Quarterly* 90(4): 777-784. DOI: <https://doi.org/10.1111/1467-923X.12735>.
- Burton-Cartledge, Phil (2019): A tale of two crises. In: Perryman, Mark (Hg.): *Corbynism from below*. London: 65-79.
- Deacon, David u.a. (2019): Media reporting of the 2019 UK General Election. URL: <https://www.lboro.ac.uk/>, Zugriff: 10.4.2020.
- Jessop, Bob (2018): Neoliberalization, uneven development, and Brexit. In: *European Planning Studies* 26(9): 1728-1746. DOI: <https://doi.org/10.1080/09654313.2018.1501469>.
- Murray, Andrew (2019): *The Fall and Rise of the British Left*. London.
- Puller, Armin (2017): Von »Remain and reform« zu »For the many, not the few«. Zur Lage von Labour in Zeiten des Brexit. In: *Kurswechsel* 2/2017: 83-88.
- Stern-Weiner, Jamie (Hg.) (2019): *Antisemitism and the Labour Party*. London.
- Watkins, Susan (2020): Britain's Decade of Crisis. In: *New Left Review* 121: 5-19.
- Watts, Jake / Bale, Tim (2019): Populism as an intra-party phenomenon: The British Labour Party under Jeremy Corbyn. In: *The British Journal of Politics and International Relations* 21(1): 99-115. DOI: <https://doi.org/10.1177/1369148118806115>.
- Worth, Owen (2019): The new left, Jeremy Corbyn and the war of position. In: *Globalizations* 16(4): 489-502. DOI: <https://doi.org/10.1080/14747731.2018.155882>.
- YouGov (2019): How Britain voted. URL: <https://yougov.co.uk/>, Zugriff: 10.4.2020.